



Antwort des Stadtrates an den Gemeinderat

138127 / 324.00

Interpellation Andreas Schnoz und Mitunterzeichnende

betreffend

Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit zeigt wie kaum eine andere Kennzahl den Umgang eines Staates in der marktgerechten Ausbildung junger Berufsleute wie auch bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit Jugendlicher am Markte.

Gemäss Seco weist die Schweiz im internationalen Vergleich eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit auf. Die Arbeitslosenversicherung und das Berufsbildungssystem bieten Massnahmen an, dank denen Jugendliche ohne Ausbildung eine Ausbildung beginnen und sich Jugendliche nach Abschluss einer Ausbildung rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern können. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht für jugendliche arbeitslose Personen Motivationssemester vor. Diese setzen sich aus einem Beschäftigungs- und einem Ausbildungsteil zusammen. Sie sollen die Wahl eines Ausbildungswegs ermöglichen bzw. helfen, eine Lehrstelle oder einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Damit ist grundsätzlich jeder Arbeitgeber in der Lage, mit Hilfe des Staates etwas für die jungen Berufsleute zu tun.

Auf diese erwähnten Instrumente greift auch die Stadt Chur als Arbeitgeberin fallweise zurück. Grundsätzlich kann der Stadtrat aufgrund der eigenen gesetzlichen Bestimmungen gemäss Art. 6 Personalverordnung (PVO) vorübergehend über den vom Gemeinderat bewilligten Stellenplan hinaus befristet Personal einstellen.

Weiter ermöglicht Art. 6 Abs. 4 Ausführungsbestimmungen (AB) zur PVO die Anstellung von Aushilfen, Praktikanten und befristete Anstellungen bis sechs Monate durch die Personaldienste und den direkten Vorgesetzten, sofern die Anstellung von der Anstellungsinstanz grundsätzlich bewilligt worden ist.





Die zuständige Anstellungsinstanz kann im Einvernehmen mit den Personaldiensten im Rahmen des Voranschlags Praktikanten anstellen (Art. 114 AB zur PVO).

Dank diesen Gesetzen kann die Stadt Chur ohne weitere Gesetzgebung auf die Ausbildung junger Leute eingehen und auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Die Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. Ist der Stadtrat bereit, die in der Stadt Chur abgehenden Lernenden länger zu beschäftigen, sofern sie keine Anschlusslösung haben?

Praxis bisher

In den Jahren 2019 und 2020 haben 19 Lernende ihre Lehre bei der Stadt Chur abgeschlossen (ohne angeschlossene Betriebe). Davon wurden fünf unbefristet weiterbeschäftigt und sieben befristet zwischen drei und zwölf Monaten. Sieben hatten eine andere Anschlusslösung, z.B. Aufnahme eines Studiums oder Arbeit in einem anderen Betrieb. Ausnahmslos allen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern wurde eine (befristete) Anschlusslösung angeboten und alle hatten eine Anschlusslösung (intern oder extern) in den vergangenen beiden Jahren.

Weiterführung der Praxis

Der Stadtrat ist auch in Zukunft bereit, Lernenden eine (befristete) Anschlusslösung anzubieten. Voraussetzung dafür ist, dass die Leistung und das Verhalten der/des Lernenden während der Lehrzeit im Betrieb gut waren und ein Arbeitsplatz und Arbeit vorhanden sind. Es soll aber kein bedingungsloser Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung bestehen.

2. Ist der Stadtrat bereit, im nächsten Jahr mehr Praktikumsstellen in der Verwaltung zur Verfügung zu stellen?

Grundhaltung

Der Stadtrat sieht es nicht als probates Mittel an, die Jugendarbeitslosigkeit mit Praktika-Angeboten zu bekämpfen. Denn hat ein/e Jugendliche/r bereits eine Ausbildung abgeschlossen, soll er/sie regulär angestellt und beschäftigt werden und nicht ein (unterbezahltes) Praktikum absolvieren, solange die Arbeit im angestammten Beruf ausgeübt wird.



An erster Stelle steht, die Jugendlichen durch Aus- und Weiterbildung zu befähigen und für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Die Stadt Chur nimmt diese Verantwortung bereits heute wahr, indem sie Lernende in bis zu zwölf Berufen ausbildet und Praktika für Ausbildungszwecke anbietet. Diese Angebote richten sich auch an Leistungsschwächere oder Jugendliche mit auffälligem Sozialverhalten. Schlüssel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit sind eine gute Grundausbildung und eine solide Ausbildung. Diese Ziele können erreicht werden, wenn genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Mit SRB.2014.608 vom 23. September 2014 wurde daher beschlossen, dauerhaft ein Kontingent von acht Praktikumsplätzen zu Ausbildungszwecken zu schaffen sowie die Bewilligung und Koordination der Ausbildungsplätze durch die Personaldienste abzuwickeln. Ab Budget 2016 musste dafür ein jährlich zu budgetierender Betrag von Fr. 144'000.-- aufgrund der Vorgaben der GPK plafoniert werden.

Zur Vereinheitlichung und Transparenz wurde ab Budget 2016 das Konto 3010.09 "Löhne Ausbildungspraktika" geschaffen, dank dem der gesamtstädtische Aufwand rasch ermittelt werden kann und die Kostenkontrolle gewährleistet ist.

Unterschiedliche Praktika-Arten

Die Personaldienste koordinieren Praktikumsanfragen, prüfen und genehmigen als Teil der Anstellungsinstanz die Praktikumsverhältnisse. In erster Linie werden Personen ein Ausbildungspraktikum ermöglicht, die im Rahmen einer Ausbildung obligatorisch ein solches absolvieren müssen:

Praktika zu Ausbildungszwecken:

- Praktikum vor der Grundbildung
- Praktikum während der Handels(mittel-)schule
- Praktikum nach Beenden des schulischen Teils der HMS (Modell 3+1)
- Praktikum während des Studiums
- Praktikum während der Berufswahlschule

Zudem wird in z. B. Zusammenarbeit mit der IV oder der Sozialhilfe Personen ein Praktikum für die Wiedereingliederung angeboten.

Praktika, die nicht in Zusammenhang mit einer Ausbildung oder einer Wiedereingliederung stehen, sind grundsätzlich zu vermeiden, da die Gefahr des Missbrauchs als günstige Arbeitskraft besteht.



Anzahl und Budget für Praktika

Die von der GPK vorgegebene Summe und damit indirekt die Anzahl von ca. acht Praktika pro Jahr ist nach Ansicht des Stadtrates zu tief. Das Bildungssystem hat sich in den letzten Jahren stark verändert und ist äusserst durchlässig geworden. Der Zugang zur Tertiärstufe (Höhere Fachschulen und Fachhochschulen) ist auch mit Zusatzqualifikationen oder entsprechender Berufspraxis möglich. Dies erfordert vermehrt Ausbildungspraktika, ohne die Ausbildungen nicht absolviert werden können. Viele Ausbildungspraktika dauern zudem meist nicht mehr ein Jahr, sondern drei bis sechs Monate, womit die Anzahl Praktika steigt, nicht jedoch die Kosten.

Der Stadtrat beantragt daher der GPK bzw. dem Gemeinderat mit dem Budgetprozess 2021, die Anzahl Praktika nicht mehr weiter zu plafonieren und ein Gesamtbudget von Fr. 200'000.-- pro Jahr festzulegen. Auf diese Weise können genügend Ausbildungspraktika angeboten werden. Zudem kann damit auch die Durchführung von kurzfristigen und deshalb nicht jährlich im Voraus budgetierbaren Praktika sichergestellt werden.

Mit dem Anbieten von genügend Ausbildungspraktika kann die öffentliche Verwaltung auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

3. Ist der Stadtrat bereit, die Zusammenarbeit zwischen Schule, Wirtschaftsförderung, Wirtschaft und Institutionen zu verstärken, um Jugendlichen, welche ohne Anschlusslösung aus der Volksschule austreten, einen Ausbildungsplatz zu finden?

Der Stadtrat macht es bereits systematisch und mit Erfolg.

Bildung ist dem Stadtrat ein zentrales Anliegen. Deshalb gehört die Bildung zu den strategischen Positionierungsfeldern der Stadt Chur. Besondere Aufmerksamkeit verlangt der Übergang von der obligatorischen Schulzeit zur Berufsausbildung. Die Zusammenarbeit ist hier mit allen Beteiligten seit Jahren etabliert und funktioniert sehr gut. Die Federführung für Anschlusslösungen nach der Oberstufe hat dabei der Kanton.

Kanton

Das Amt für Berufsbildung bietet mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung umfassende Beratungen für Schulabgängerinnen und -abgänger an und schaltet alle offenen Lehrstellen im Lehrstellen-Nachweis LENA elektronisch auf.

Mit dem "Coaching Berufsbildung" kümmert sich das Amt um Jugendliche ab dem 2. Semester der 2. Oberstufe bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit, die zusätzliche Unterstützung bei der Suche einer Anschlusslösung brauchen. Coaches helfen



ihnen bei der Berufswahl und beim Erstellen des Bewerbungsdossiers. Sie sind mit Schulen, Fachstellen und Lehrbetrieben vernetzt.

Im "Case Management Berufsbildung" richtet das Amt für Berufsbildung ein Angebot an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren, die nach Ende der obligatorischen Schule, nach einem Brückenangebot oder nach einem Lehrabbruch keine Anschlusslösung haben. Während dem Begleitprozess werden individuell abgestimmte Massnahmen erarbeitet, die zu einem Abschluss einer nachobligatorischen Ausbildung führen sollen.

Weiter bestehen zwischen dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (EKUD) und den rund zehn Anbietern des Brückenangebots Graubünden Leistungsvereinbarungen. Inhalt sind Angebote für ein 10. Schuljahr.

Im Bereich der arbeitsmarktlichen Massnahmen führt das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Graubünden (KIGA) das spezialisierte "Jugendprogramm Funtauna" in Chur. Arbeitslose Jugendliche werden hinsichtlich Berufswahl, Lehrstellenfindung und Alltagsgestaltung begleitet. Ein Berufspraktikum schafft die Möglichkeit einer vorübergehenden Beschäftigung in privaten Unternehmen oder in einer öffentlichen Verwaltung. Der Arbeitgeber muss sich dann mit einem finanziellen Anteil von mind. 25 % des monatlichen Bruttotagelohns beteiligen.

Stadt Chur

Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)

Die Berufswahlschule bws. im Stadtbaumgarten führt vier Klassen. Zwei Klassen in einem schulischen Angebot als Vollzeitunterricht an fünf Tagen die Woche und zwei Klassen in einem kombinierten Angebot mit zwei Tagen Unterricht und drei Tagen Praktikum pro Woche. Vor allem im kombinierten Angebot findet ein intensiver Austausch zwischen der Schule und den Praktikumsbetrieben statt. Die Lehrpersonen der bws. sind bestens mit den Lehrpersonen der Stadtschule vernetzt. Die 64 Plätze sind jeweils sehr gut besetzt. Von den abschliessenden Schülerinnen und Schülern haben 95 % eine Anschlusslösung. Der Leistungsauftrag mit dem Kanton sieht maximal vier bws.-Klassen vor.

Die Lehrpersonen der Berufsfachschule haben ein grosses Know-how, was die Lehrbetriebe und Verbände angeht und wissen jeweils, wo es noch nicht besetzte Lehrstellen hat. Die GBC bietet die berufliche Grundbildung in 58 verschiedenen Berufen an. Die Zusammenarbeit zwischen den drei Lehrorten ist umfassend. Weiter unterstützt die GBC die Berufsschauen aktiv und ist sowohl bei der "Fiutscher" wie bei der "emax" mit einem



eigenen Stand vor Ort. Dort werden Eltern, Schulabgängerinnen und -abgänger wie auch Lehrpersonen der Volksschulen beraten.

Stadtschule

Nebst der beruflichen Orientierung in der 2. Klasse der Oberstufe gemäss Lehrplan 21 werden im Rahmen von Schulaustrittsbefragungen Schülerinnen und Schüler ohne Anschlusslösung nach der obligatorischen Schule erfasst und von den Klassenlehrpersonen für ein "Case Management Berufsbildung" gemeldet.

Jugendarbeit

Mit der städtischen Jugendarbeit besteht eine niederschwellige Anlaufstelle, wo Jugendliche unter anderem bedarfsgerechte Unterstützung bei Lehrstellensuche und dem Erstellen und Überarbeiten von Bewerbungsunterlagen erhalten. Die Jugendarbeit ist mit unterschiedlichen Akteuren und spezifischen Fachstellen wie der Stadtschule, dem Berufsinformationszentrum BIZ oder der Berufsberatung vernetzt.

Weiter bietet die Jugendarbeit Jugendlichen im Rahmen von Jugendjobs in verschiedenen Angeboten wie Bauwagatour, Betriebsgruppe Jugendtreff oder Kerzenziehen Übungsfelder für erste Arbeitserfahrungen und das Aneignen berufsrelevanter Kompetenzen.

Die betreffenden Angebote der Jugendarbeit orientieren sich am Wirkungsziel der beruflichen Integration und richten sich vorwiegend an Jugendliche im Oberstufenalter bis 18 Jahre.

Schulsozialarbeit

Im Falle eines Unterstützungsbedarfs nehmen die Klassenlehrpersonen oder die Jugendlichen selbst mit der Schulsozialarbeit (SSA) Kontakt auf. Diese coacht die Jugendlichen beim Erstellen ihrer Lebensläufe, sichtet mit ihnen die Bewerbungen und unterstützt sie beim Verfassen des Motivationsschreibens. Die SSA stellt Kontakte für möglichen Stellen für Ausbildung und Praktika her oder fragt bei der Berufsberatung oder beim Amt für Berufsbildung nach. Alle Jugendliche, von denen die SSA diesen Sommer Kenntnis hat, haben eine Anschlusslösung.

Soziale Dienste

Falls eine junge erwachsene Person mit einer abgeschlossenen Erstausbildung keine Anschlussmöglichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgrund der Auswirkungen von Corona findet, so sehen die SKOS-Richtlinien vor, dass sie Anspruch auf materielle Sozialhilfe hat, wenn eigene Mittel und Leistungen Dritter nicht genügen. Das Ziel ist es, die dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern (siehe SKOS H.11 Junge Er-



wachsene in der Sozialhilfe). Dabei haben die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter des Regionalen Sozialdienstes (RSD) eine wichtige Aufgabe bei der Begleitung und Motivation der jungen Erwachsenen. Bei einem Gesuch bei den Sozialen Diensten findet eine verstärkte Zusammenarbeit mit der "Fachstelle für Arbeitsintegration - Werknetz" statt, um übergangsweise bis zu einer Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt Unterstützung im Rahmen der beruflichen Integration zu sichern. Die Massnahmen des Werknetzes beinhalten unter anderem Arbeitseinsatzprogramme des KIGA, Arbeitseinsätze bei Non-Profit-Organisationen, öffentlichen Institutionen und bei Verwaltungsstellen, Praktika im ersten Arbeitsmarkt, persönliches Bewerbungscoaching oder monatliche Coaching-Gespräche.

Chur, 8. September 2020

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Urs Marti

Markus Frauenfelder



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 25.6.20


Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Interpellation zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Wirtschaftsexperten und BildungsökonomInnen rechnen ab diesem Sommer mit einem starken Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit infolge der Corona-Krise. Für Schul- und Lehrabgänger*innen wird diese Situation zur Herausforderung. Untersuchungen zeigen, dass dieser schwierige Eintritt in den Arbeitsmarkt bis zu zehn Jahre Nachteile in Form von tieferen Löhnen oder Arbeitslosigkeit mit sich ziehen.

Bereits bei früheren Krisen wurde den Lehrbetrieben unter anderem empfohlen, ihre ehemaligen Lernende länger zu beschäftigen. Diese und andere Möglichkeiten wie Praktikumsstellen, Vorlehren oder Vermittlung und Beratung kann auch die Stadt Chur anbieten.

Wir stellen folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Ist der Stadtrat bereit die in der Stadt Chur abgehenden Lernende länger zu beschäftigen, sofern sie keine Anschlusslösung haben?
2. Ist der Stadtrat bereit im nächsten Jahr mehr Praktikumsstellen in der Verwaltung zur Verfügung zu stellen?
3. Ist der Stadtrat bereit die Zusammenarbeit zwischen Schule, Wirtschaftsförderung, Wirtschaft und Institutionen zu verstärken, um Jugendlichen, welche ohne Anschlusslösung aus der Volksschule austreten einen Ausbildungsplatz zu finden?



Andi Schnoz, Gemeinderat Freie Liste Verda
24.6.2020



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Interpellation zur Bekämpfung von
Jugendarbeitslosigkeit

Titel _____

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Bischof Xenia	SP		
<input type="checkbox"/>	Cabalzar Corina	SP	ce	C. Cabalzar
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP	R	
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	MC	
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		Guido
<input type="checkbox"/>	Good Rainer	FDP	/	
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		S. Grass
<input type="checkbox"/>	Hegner Walter	SVP	h	
<input type="checkbox"/>	Hunger Hanspeter	SVP		Hunger
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		A. Meier
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr. oec. publ.	FDP	M.	
<input type="checkbox"/>	Peder Michel	FDP	P.	
<input type="checkbox"/>	Portmann Peter	CVP	PP	
<input type="checkbox"/>	Rettich Urs	SVP	UR	
<input checked="" type="checkbox"/>	Schnoz Andreas	Freie Liste Verda		A. Schnoz
<input type="checkbox"/>	Senn Meili Claudio	SP		
<input type="checkbox"/>	Tscholl Marco	BDP	M.	
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP	S. Re	
<input type="checkbox"/>	Walter Jörg	BDP	W.	

Datum: 25.6.2020